

Malta

Heinz-Jürgen Axt

In Zeiten massiver ökonomischer Verwerfungen insbesondere in der südlichen EU-Peripherie stellt sich Maltas ökonomische Entwicklung 2011 relativ stabil dar. Während Griechenland, Portugal, Spanien und jetzt wohl auch Zypern Zuflucht unter dem Euro-Rettungsschirm suchen, bleibt Malta dieser Weg wohl auf absehbare Zeit erspart. Das bedeutet allerdings nicht, dass nicht auch Maltas Verschuldung vermehrt Aufmerksamkeit verlangt. Maltas Budgetdefizit betrug 2003 noch 9,2% des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Es konnte im Nachfolgejahr schon auf 4,7% gesenkt werden, bevor es 2005 mit 2,9% unter die nach den Maastricht-Kriterien zulässige Höchstgrenze von 3% gebracht werden konnte. In den beiden Folgejahren verringerte sich der Wert weiter mit 2,8% und 2,4%. Die globale Finanzkrise machte sich dann aber auch bei Malta bemerkbar. 2008 schnellte das Defizit auf 4,6% hoch, verringerte sich aber in den beiden folgenden Jahren auf 3,8% und 3,7%, bevor es, wie erwähnt, 2011 den Maastricht-Referenzwert unterschritt.

Die Entwicklung des Haushaltsdefizits spiegelt sich auch in der Staatsschuld wider. 2004 betrug diese noch 71,7% des BIP und überschritt damit die Maastricht-Grenze in Höhe von 60%. Bis 2008 ging der Schuldenstand kontinuierlich zurück, er erreichte damals 62,3%. Ab 2009 ist ein anhaltender Anstieg zu beobachten, mit 68,1% (2009), 69,4% (2010) und 72,0% (2011). Malta muss diese Entwicklung unter Kontrolle bringen, damit es nicht dem schlechten Beispiel anderer mediterraner Länder folgt. Zu Beginn des Jahres 2012 stuften die drei angelsächsischen Ratingagenturen Malta etwa ähnlich wie Spanien ein (vgl. Tabelle 1). Ein A-Rating bedeutet immerhin, dass das Kreditrisiko als gering eingestuft wird.

Tabelle 1: Ratings ausgewählter Euro-Staaten (Januar 2012)

	Standard & Poors	Moody's	Fitch
Griechenland	CC	Ca	CCC
Italien	BBB+	A3	A-
Malta	A-	A3	A+
Portugal	BB	Ba3	BB+
Spanien	A	A3	A
Zypern	BB+	Baa3	BBB-

Das vergleichsweise positive Urteil der Ratingagenturen gründet natürlich auch auf der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung Maltas. Seit dem Beitritt zur EU hatte Malta bis 2008 eine jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des realen BIP in Höhe von 2,96% aufzuweisen. In der EU-27 waren es dagegen lediglich 2,28%. 2009 erfolgte der Einbruch, das BIP verringerte sich um -2,6%. Aber schon 2010 war wieder ein Zuwachs von 2,5% zu verzeichnen, 2011 waren es dann 2,1%. Die EU-27 kam 2011 auf 1,5%. Die Inflation erreichte 2011 2,4%, verantwortlich waren hauptsächlich Nahrungsmittel und Energiepreise. Der Anstieg der Energiepreise wurde für die Konsumenten dadurch erträglich gehalten, dass die Regierung entschied, die Strompreise nicht anzuheben. Die Beschäftigung stieg mit 2,7% im Jahr 2011 deutlich höher als in der gesamten EU an. Verantwortlich war dafür vor allem,

dass vermehrt Frauen eine Beschäftigung aufnehmen. Die Arbeitslosenquote verstetigte sich auf 6,5%. In der EU-27 betrug sie 2011 9,7%.

Dass sich Maltas konservativ geprägte Kultur ändert, zeigt nicht nur das vermehrte Vordringen weiblicher Beschäftigter, sondern auch die Einführung der Scheidung. Neben den Philippinen und dem Vatikanstaat war das katholische Malta das einzige Land auf der Welt, das die Scheidung verboten hat. Zwar wurden jährlich rund 200 Ehen annulliert, dazu mussten die Eheleute aber ins Ausland gehen. Noch 2010 hatte Papst Benedikt XVI. bei seinem Besuch die Malteser aufgefordert, am Status quo festzuhalten. Der konservative Ministerpräsident Lawrence Gonzi sprach sich ebenfalls gegen die Scheidung aus. Bei der Abstimmung zur Abhaltung eines Referendums wurde im Februar 2011 im Parlament der Fraktionszwang aufgehoben. Das Referendum erbrachte eine Mehrheit von 52,7% für und 46,4% gegen die Einführung der Scheidung. Entsprechend wurde 2011 das Ehegesetz geändert.

Am 17. März 2011 wurde durch die UN-Resolution 1973 ein Militärschlag gegen das libysche Gaddafi-Regime legitimiert, um es von den gewaltsamen Aktionen gegen die eigene Bevölkerung abzuhalten. Die Militäraktion blieb auch für Malta nicht ohne Folgen. Zum einen hatte Malta unter seiner sozialistischen Führung in der Vergangenheit lange Zeit enge Beziehungen zu Muammar al-Gaddafi unterhalten. Zum anderen verspürte Malta mehr als andere EU-Staaten die Folgen der Repression durch das Gaddafi-Regime, strömten doch vermehrt Flüchtlinge aus Libyen auf die nahe gelegene Insel Malta. Als der Sozialist Dom Minthoff 1971 Premierminister wurde, näherte sich Malts außenpolitischer Kurs immer mehr dem von Libyen an. Die NATO-Basis in Malta musste geräumt werden, die Briten konnten ihre Basis nur gegen eine Zusage deutlich erhöhter Finanzzuweisungen behalten. Minthoff folgte dem Beispiel Libyens, das ebenfalls die Militärstützpunkte der USA und Großbritanniens geschlossen hatte. Für die entfallenden Finanzzuweisungen aus London bot sich Kompensation durch Libyen an und zwar in Form direkter Geldüberweisungen, aber auch verbilligter Öllieferungen. Allerdings musste Malta alsbald feststellen, dass die vermeintlichen verbilligten Öllieferungen aus Libyen doch nicht so vorteilhaft waren, hätte das Land doch auf dem Weltmarkt den begehrten Energieträger zu günstigeren Konditionen bekommen können.

Um Gaddafi zu imponieren und den Geldfluss sicher zu stellen, traf Minthoff eine Reihe von zumeist überraschenden Entscheidungen: Arabisch wurde zum Pflichtfach in der Schule, im katholisch dominierten Malta wurde der Bau eine Moschee und der Betrieb derselben durch eine islamische Gesellschaft gestattet, die sogar den diplomatischen Status erhielt. Ein Park wurde nach Gaddafi benannt, ebenso konnten die Libyer auf der Insel eine Radiostation betreiben. Nach Minthoff waren Libyer und Malteser „Blutsbrüder“.¹ Malta löste sich erst aus der engen Bindung an Libyen, als 1987 Eddie Fenech Adami Ministerpräsident wurde. Nach den Angaben von UNHCR wurden zum 1. Januar 2012 insgesamt 6.952 Flüchtlinge in Malta gezählt, 1.457 davon beantragten Asyl.² 14,73 Flüchtlinge entfielen damit auf 1.000 Einwohner Malts. Zum Vergleich: In Deutschland waren es 7,22.³

Weiterführende Literatur

Malta's National Reform Programme Under the Europe 2020 Strategy, April 2011, http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nrp/nrp_malta_en.pdf.

1 Vgl. die Schilderung durch den ehemaligen maltesischen Botschafter in Tripolis Evarist Saliba „Gaddafi and Malta-Libya relations“ in der „Times of Malta“ vom 1. und 2.9.2011 (<http://www.timesofmalta.com/articles/view/20110901/opinion/Gaddafi-and-Malta-Libya-relations.382747> und <http://www.timesofmalta.com/articles/view/20110902/opinion/The-beginning-of-a-new-chapter.382915>).

2 UNHCR (<http://www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/page?page=49e48eba6&submit=GO>).

3 Vgl. The Guardian (<http://www.guardian.co.uk/news/datablog/2011/jun/20/refugee-statistics-unhcr-data#data>).